

Kurzbericht über die Tagung des Arbeitskreises zur Extremismusforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) an der Universität Bonn (6. Juni 2014)

Lazaros Miliopoulos¹

Die vergangene Jahrestagung zur Extremismusforschung fand am 6. Juni 2014 an der Universität Bonn statt, unterstützt vom Bonner Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie und dem „Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e.V.“ (KFIBS). Die Tagung gliederte sich in drei Teile. Im ersten Teil wurde der Kleinzellterrorismus als neue Dimension des Terrorismus thematisiert, im zweiten der Extremismus als polemischer und wissenschaftlicher Begriff und im dritten neue Forschungen aus dem Bereich Extremismus vorgestellt.

Im ersten Teil stellte *Daniel Köhler* (ISRM Institute for the Study of Radical Movements & ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH, Berlin) ein Forschungsprojekt des ISRM vor, für das verfügbare wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Literatur, Ermittlungsakten und sonstige Primärquellen (Strategiepapiere, Autobiographien etc.) zu 66 bekannten rechtsterroristischen Gruppen, Individuen und Vorfällen in der Bundesrepublik seit 1969 qualitativ ausgewertet wurden. Der Referent konzentrierte sich im Vortrag auf die dabei erhobenen strategisch-taktischen Konzepte des deutschen Rechtsterrorismus. Anhand zahlreicher Beispiele aus dem Quellenkorpus zeigte er, wie schon lange vor dem Erscheinen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) der Rechtsterrorismus als typisches Phänomen des deutschen Rechtsextremismus in Erscheinung trat und dabei auch die Konzepte „Kleinzellterrorismus“ und „leaderless resistance“ ein wichtiges und keineswegs grundlegend neues Strukturmerkmal abbildeten.

Während der erste Vortrag im nationalen Rahmen verblieb und das NSU-Phänomen, wo es zur Sprache kam, in diachroner Hinsicht verglichen, gingen *Michael Edinger* (Universität Jena) und *Eugen Schatschneider* (Universität Bochum) in ihrem Vortrag „Kleinzellterrorismus made

¹ PD Dr. Lazaros Miliopoulos ist Dozent an der Rheinischen Friedrich Wilhelms Universität Bonn, Institut für politische Wissenschaft und Soziologie

in Germany? Der NSU in vergleichender Perspektive“ der Frage, ob der Terrorismus des NSU neuartig war, aus international und synchron vergleichender Perspektive nach. Dabei zeigte der systematische Vergleich nicht nur auf, wie das Konzept „leaderless resistance“ als typisch für den NSU anzusehen ist, sondern dass dieses Konzept seit Jahren in Netzwerken der extremen Rechten breit rezipiert wird. Ergänzend zum Konzept des *lone wolf terrorism* kann von einer Art Enthierarchisierung des Rechtsterrorismus auf internationaler Ebene gesprochen werden. Der NSU-Fall reiht sich hier trotz einiger Besonderheiten ein und ist insofern kein grundlegend neues Phänomen.

Den zweiten Teil der Tagung eröffneten *Franziska Schmidtke* und *Katja Salomo* (beide Universität Jena) mit ihrem Vortrag zum Thema „Rechtsextremismusforschung auf Abwegen?“. In Anbetracht berechtigter Zweifel nicht nur an der Validität, sondern vor allem an der Aktualität der Definition und Messung rechtsextremer Einstellungen in Studien, die an eine vermeintliche (von nicht-beteiligten Extremismusforschern jedoch z.T. scharf kritisierte) „Konsensdefinition“ aus dem Jahre 2001 anschließen und von denen die Leipziger „Mitte-Studien“ und der „Thüringen-Monitor“ die bekanntesten sind, wurde im Rahmen der Erhebung des „Thüringen-Monitors“ 2013 erstmals ein Random-Probe-Verfahren eingesetzt, mit dem der Assoziationsraum der Befragten zum Schlagwort der jeweiligen Einstellungsfragen erfasst werden soll. Eine strukturierende Inhaltsanalyse ermöglicht es anschließend zu rekonstruieren, zu welchen kognitiven Vorstellungen sich die Befragten eigentlich positioniert haben und ob ideologische *Verschiebungen* im Bereich des Rechtsextremismus seit 2001 zu beobachten sind, die stärker berücksichtigt werden müssen. Die Referentinnen machten auf z.T. sehr weite Assoziationsräume aufmerksam. Die damit einhergehende Unschärfe im Verständnis der Einstellungsfragen weist über reine Verschiebungen hinaus auf Fragen der Inhaltsvalidität der abgefragten Statements, zudem auf grundlegende Probleme wie Einfluss sozialer Erwünschtheit auf die Befragten oder mögliche Überforderung letzterer.

Die gegenwärtigen Theorien des Extremismus stellte im anschließenden Vortrag *Jürgen Winkler* (Universität Mainz) in Frage. Dabei kritisierte er u.a. fehlende Systematiken, begriffliche Unschärfen und Widersprüchlichkeiten in den Definitionen und theoretischen

Konzepten und sah dies darin begründet, dass es allenthalben an einer wissenschaftslogischen wie wissenschaftstheoretischen Reflexion und Kontextualisierung im Umgang mit dem Begriff „Extremismus“ mangle. Die sei aber dringend notwendig, was der Referent anhand zahlreicher Beispiele zu verdeutlichen versuchte. Auf dieser Grundlage warb er dafür, „Kriterien eines tragfähigen Begriffs des politischen Extremismus“ (so der Titel des Vortrags) zu entwickeln, die in empirisch-analytischer Hinsicht konsensfähig sind, verwies aber zugleich auf das Problem, dass ein rein „erfahrungswissenschaftliches“ Verständnis von Politikwissenschaft einem genuin doch „normativen“ Verständnis von Extremismus entgegenstehe.

Den zweiten Teil der Tagung schloss *Lazaros Miliopoulos* (Universität Bonn) mit seinem Vortrag über „normative Probleme beim Umgang mit politischem Extremismus in Deutschland“ ab. Dabei kamen rechtliche, politische wie moralische Gefahren in der Art und Weise der Abwehr exemplarisch des *Rechtsextremismus* zur Sprache. Der Referent rückte die Frage im Vordergrund, inwieweit Maßnahmen zum Schutze des demokratischen Verfassungsstaates den politisch-gesellschaftlichen Grundlagen desselben (wie z.B. Pluralismus, Meinungs- und Versammlungsfreiheit) widersprechen und welche Trends, Chancen und Gefahren in diesem Kontext zu beobachten sind. Als problematisch in diesem Zusammenhang könnten sich demnach erweisen: eine ausgeprägte, auch rechtspraktisch wie -politisch wirksame Ausgrenzungs- statt nur Abgrenzungsbereitschaft im Bereich der zivilen Selbstorganisation, verbunden mit einer scharfen Kampf-, Bewältigungs- und Gesinnungsrhetorik, eine damit kompatible neue Form der parteipolitischen Instrumentalisierung einer in Deutschland ohnehin sehr weiten Vorverlagerung der demokratischen „Streitbarkeit“ des (amtlich administrierten) Verfassungsschutzes, eine teilweise anzutreffende „Kultur der Verdächtigung“ sowohl innerhalb als auch außerhalb des Verfassungsbogens und eine zunehmende staatliche Aktivität im Bereich der präventiven und aktiven Verweigerung (Vielzahl an Aktionsprogrammen hier, Parteienverbotsverfahren dort).

Im dritten Teil der Tagung wandte *Christoph Busch* (Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen) in seinem Vortrag „Die Partei *Die Rechte* - Neonazismus als *pro-forma-*

Partei“ das von Armin Pfahl-Traugber vorgeschlagene „E-IO-S-W“-Schema an, wonach zur Bestimmung des Extremismus „Extremismusintensität“, Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung einer bestimmten Organisation untersucht werden. Auf dieser Basis versuchte der Referent aufzuzeigen, dass die Partei *Die Rechte* als neuartige „pro-forma-Partei“ zu klassifizieren ist. Unter gezielter Ausnutzung des Parteienprivilegs besteht die Funktion der Organisation demnach lediglich darin, einen legalen Status für neonazistische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen, der staatlicherseits nicht so einfach bekämpft werden kann wie der Vereinigungsstatus. Das Verhältnis der Mitglieder zur eigenen Partei ist in dieser Logik von rein instrumenteller Natur.

Manuel Becker (Universität Bonn) schloss die Tagung ab mit seinem Vortrag über „Geschichtspolitik in der Vergleichenden Diktatur- und Extremismusforschung“. Dabei illustrierte er anhand eines Vergleichs zwischen NS- und SED-Regime und unter Rückgriff auf das Konzept der Totalitarismustheorie, dass extremistische Akteure wie diktatorische Weltanschauungsregime unabhängig von der je spezifischen ideologischen Ausrichtung bestimmte geschichtspolitische Handlungsmuster, -modi und -motive gemeinsam haben, die als Spezifika „extremistischen Geschichtsdenkens“ von einem Grundverständnis „demokratisch-liberaler Geschichtspolitik“ abgegrenzt werden können. Inwiefern diese Konzeptualisierung auf weitere autoritäre Regime angewandt werden kann, sei eine noch offene und relevante Forschungsfrage.

Kontakt zu den Sprechern des Arbeitskreises:

Dr. Rolf Frankenberger

Institut für Politikwissenschaft, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Melanchthonstr. 36, Zimmer 019

72074 Tübingen

Tel. 07071 - 297 49 98

e-mail: rolf.frankenberger@uni-tuebingen.de

Dr. Florian Hartleb

Konrad-Adenauer-Stiftung

Koordinator Politikanalysen und Parteienforschung

Klingelhöferstr. 23

10875 Berlin

Tel. 030 – 26 996 3499

e-mail: florian.hartleb@kas.de

PD Dr. Lazaros Miliopoulos

Institut für Pol. Wissenschaft und Soziologie

Universität Bonn

Lennéstr. 27

53113 Bonn

Tel. (0228) 73-7452

e-mail: miliopoulos@uni-bonn.de